

Sehr geehrte Damen und Herren,

so langsam befinden wir uns im Endspurt dieser Wahlperiode – es folgen nur noch vier Sitzungswochen bis zur Sommerpause, in denen wir noch viele wichtige Vorhaben umsetzen wollen. Die Wochen sind voll mit letzten Gesprächsrunden, Verhandlungen, Entscheidungen und viel Ringen um die beste Lösung. Dazu ist auch in Europa und der Welt viel los – wir haben also in der nächsten Zeit mehr als genug zu tun!

Herzliche Grüße

Sondertreffen des Europäischen Rates: Ein Rosinenpicken Großbritanniens darf es nicht geben

Am Samstag, den 29. April findet das Sondertreffen des Europäischen Rates in Brüssel statt. Aus diesem Anlass gab die Bundeskanzlerin am Donnerstag in dieser Sitzungswoche eine Regierungserklärung ab. Nachdem das Vereinigte Königreich am 29. März 2017 seine Absicht nach Art. 50 EUV mitgeteilt hat, aus der EU auszutreten, beschließen die Staats- und Regierungschefs der verbleibenden 27 Mitgliedstaaten die Leitlinien der anstehenden Verhandlungen über das Austrittsabkommen. Hauptziel dabei ist es, einen geordneten Austritt sicherzustellen. Deutschland liegt viel an freundschaftlichen und engen Beziehungen der EU27 mit dem Vereinigten Königreich. Dennoch bedarf es einer klaren Verhandlungshaltung: Ein „Rosinenpicken“ durch das Vereinigte Königreich darf es nicht geben. So muss, wer die Rechte und Vorteile des Binnenmarktes genießen will, auch die mit ihm verbundenen Pflichten erfüllen. Für uns haben der Zusammenhalt in der EU und die Wahrung europäischer Interessen bei den „Brexit“-Verhandlungen oberste Priorität.

Mehr Transparenz durch Steuerumgehungsbe-kämpfungsgesetz

Mit dem Gesetz zur Bekämpfung der Steuerumgehung zogen wir die national erforderlichen Konsequenzen aus den Enthüllungen im Zuge der sogenannten „Panama Papers“. Mit unserem Gesetzesentwurf, den wir in zweiter und dritter Lesung beschlossen, erschweren wir inländischen Steuerpflichtigen die Möglichkeiten, mittels Briefkastenfirmen in Steueroasen ihre Steuerpflichten in Deutschland zu umgehen. Hierfür erweitern wir Mitwirkungspflichten, führen neue Anzeigepflichten für Banken ein und statten die Finanzverwaltung mit umfassenden Ermittlungsbefugnissen aus. Weitere steuerrechtliche Änderungen betreffen die dauerhafte Fortschreibung des permanenten Lohnsteuer-Jahresausgleichs. Zudem grenzen wir Missbrauch beim Kindergeldbezug ein.

Kurz notiert ! Kurz notiert ! Kurz notiert !

9. Energiepolitischer Dialog mit Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel



Gleich zu Beginn der Sitzungswoche fand der 9. Energiepolitische Dialog statt, zu dem Thomas Bareiß in seiner Funktion als Energiebeauftragter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion geladen hatte. Auf seine Einladung hin war auch Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel zu Gast. Die Veranstaltung fand im Fraktionssitzungssaal im Deutschen Bundestag statt zum Thema „Spannungsfeld Energiewende – Die Energiewende wirtschaftlich gestalten“.

Berlin Aktuell

Die Woche im Bundestag

28.04.2017



Darüber hinaus waren als Experten Dr. Heinrich Hiesinger, CEO der Thyssenkrupp AG, Dr. Johannes Teysen, CEO bei E.ON SE, Dr. Marie-Luise Wolff-Hertwig, CEO der ENTEGA AG und Prof. Dr. Robert Schlögl, Direktor des Max-Planck-Instituts für Chemische Energiekonversion, geladen. Gemeinsam mit 350 Teilnehmer aus dem Bereich Politik, Wissenschaft und Wirtschaft wurden die Herausforderungen der Energiewende diskutiert. Mit einem Podiums aus Experten stand dabei besonders die Frage im Raum, wie in den nächsten energiepolitischen Gesetzgebungsverfahren der Ordnungsrahmen im Sinne einer wirtschaftlichen Energieversorgung weiterentwickelt werden kann.

Praktikant aus Balingen im Bundestag



In dieser Sitzungswoche nahm Benedikt Johannes Pontow aus Balingen die Möglichkeit wahr, seinem Wahlkreisabgeordneten Thomas Bareiß in einem einwöchigen Praktikum über die Schulter zu schauen. Der Elftklässler nahm im letzten Jahr am Parlamentarischen Patenschaftsprogramm des Deutschen Bundestags teil und verbrachte das letzte Jahr in Rockford, Ohio. Er hatte in dieser Sitzungswoche im Deutschen Bundestag Gelegenheit

an Ausschusssitzungen, öffentlichen Anhörungen und Plenarsitzungen teilzunehmen. Für ihn war es eine sehr abwechslungsreiche und interessante Woche. Dabei erhielt er Einblicke in die verschiedenen politischen und organisatorischen Tätigkeiten der CDU/CSU-Fraktion, von Thomas Bareiß MdB und dessen Büro. Eine tolle Unterstützung, über die sich Thomas Bareiß sehr gefreut hat.

Junger Unternehmer aus dem Energiehandel zu Gast bei Thomas Bareiß



Politik trifft Wirtschaft - das ist das Motto des Know-how-Transfers, einer Projektwoche der Wirtschaftsjunioren Deutschland, an der der CDU-Wahlkreisabgeordnete Thomas Bareiß teilnahm. Eine Woche lang war ein junger Unternehmer aus den Reihen der Wirtschaftsjunioren zu Gast in Berlin und bekam so einen Einblick in den Berliner Politikbetrieb. „Es ist wichtig, dass Politik und Wirtschaft in Dialog treten“, sagt Bareiß. „Nur so können wir uns darüber austauschen, welche Auswirkungen politische Entscheidungen für das einzelne Unternehmen haben.“ Gleichzeitig wachse das Verständnis für die Anliegen der „anderen Seite“. „Deshalb bin ich froh, dass die Wirtschaftsjunioren diesen Austausch organisieren - und dass die jungen Unternehmer sich die Zeit nehmen, uns in Berlin über die Schulter zu schauen“, zeigte sich Bareiß von der Projektwoche überzeugt.

Vom 24. bis 28. April 2017 begleitete Dr. Jan Brübach, Leiter der Abteilung Energiehandel bei

Evonik Technology & Infrastructure, Thomas Bareiß auf Schritt und Tritt bei Terminen, Fraktions-, Ausschuss- und Arbeitsgruppensitzungen. Insgesamt nahmen rund 150 junge Unternehmer und Führungskräfte aus ganz Deutschland teil. Auf dem Programm der jungen Unternehmer standen außerdem Diskussionsrunden mit Politikern und Fraktionsspitzen. Ab Sommer treten die Abgeordneten Gegenbesuche in den Unternehmen an, um den Unternehmeralltag besser kennen zu lernen.

Hintergrund: Die Wirtschaftsjuvenen Deutschland (WJD) bilden mit mehr als 10.000 Mitgliedern aus allen Bereichen der Wirtschaft den größten deutschen Verband von Unternehmern und Führungskräften unter 40 Jahren. Bei einer Wirtschaftskraft von mehr als 120 Mrd. Euro Umsatz verantworten sie rund 300.000 Arbeits- und 35.000 Ausbildungsplätze. Seit 1958 sind die Wirtschaftsjuvenen Deutschland Mitglied der mehr als 100 Nationalverbände umfassenden Junior Chamber International (JCI).

Thomas Bareiß MdB im Interview mit der Schwäbischen Zeitung

Herr Bareiß, Sie waren jahrelang immer wieder beruflich in der Türkei tätig, haben in Izmir auch einige Monate gelebt. Was sagen Ihre Bekannten zur Entwicklung der Türkei?

Das Land ist tief gespalten. Städte wie Izmir sind sehr europäisch und westlich geprägt, ganz anders als beispielsweise Ankara. Viele Türken, die jetzt das Referendum abgelehnt haben und sich Richtung Europa orientieren, sind sehr in Sorge, fühlen sich eingeschränkt in ihrer Lebensform und wollen das Land verlassen, gerade auch Fachkräfte und Führungskräfte von Unternehmen. Die sitzen auf gepackten Koffern, weil sie in der Türkei keine Zukunft mehr sehen.

In Deutschland hat das Ergebnis des Referendums in der Türkei die Debatte um den Doppelpass angestachelt. Was hat das eine mit dem anderen zu tun?

Eigentlich muss man die beiden Debatten trennen. Auf der einen Seite haben wir die Situation in der Türkei, die besorgniserregend ist. Auf der anderen

haben wir hier in Deutschland die ungelösten Probleme der Integration – und die haben sich gerade in der Zeit des Wahlkampfes für das Referendum wieder besonders deutlich gezeigt. Viele türkische Migranten, die seit Jahren hier leben, haben noch eine sehr enge Bindung an ihr Heimatland. Mich beunruhigt, dass die zweite oder dritte Generation oft noch stärker auf die Türkei fixiert ist als diejenigen, die vor Jahren zu uns kamen. Da ist in der Politik vieles schiefgelaufen.

Was lief denn schief?

Im Kern geht es um einen Richtungsstreit, wie Integration aussehen soll. Wenn Menschen in ein Land kommen, müssen sie sich diesem Land auch anpassen und dessen Werte teilen, Gesetze beachten und in der zweiten und dritten Generation dann auch sagen: „Meine Bundeskanzlerin ist Angela Merkel, mein Bundespräsident heißt Frank-Walter Steinmeier. Meine Eltern kommen zwar aus der Türkei, aber ich bin in Deutschland zu Hause.“ Das sehe ich im Moment bei vielen nicht. Wenn zwei Drittel der türkischen Wähler in Deutschland für ein autokratisches System in der Türkei stimmen, dann finde ich das besorgniserregend, auch im Hinblick auf die Demokratie hierzulande.

Und wie wollen Sie gegensteuern? Ich erwarte durchaus mehr Solidarität von Migranten für unser Land, die man auch durch seine Staatsbürgerschaft ganz klar zum Ausdruck bringen kann. Deshalb ist das Thema Doppelpass ein sehr offensichtliches. Wenn jemand in der zweiten, dritten Generation hier lebt und hier seine Zukunft haben will, braucht er keine Rückfahroption. Dann muss er seinen anderen Pass zurückgeben. Ich will es mal sportlich sagen, man kann auch nicht gleichzeitig beim VfB Stuttgart und dem FC Bayern Mitglied sein, man muss sich entscheiden.

Kanzlerin Merkel hat nach dem Parteitag in Essen erklärt, das Thema Doppelpass werde kein Wahlkampfthema der CDU sein. Das scheint die Partei gerade nicht zu interessieren.

Wir müssen uns doch fragen, was die Menschen bewegt und ob wir tatsächlich alles richtig gemacht haben. Ich glaube, dass es ein Fehler war, der Doppelpass-Regelung ohne Optionspflicht in der

Berlin Aktuell**Die Woche im Bundestag**

28.04.2017

Großen Koalition so zuzustimmen. Integration muss anders aussehen als in den vergangenen Jahren.

Von den rund 1,8 Millionen Doppelstaatlern in Deutschland haben 246 000 einen deutschen und einen türkischen Pass. Sollen nur diese ihren zweiten Pass abgeben – oder alle anderen auch?

Natürlich darf es keine Sonderlösung für Deutsch-Türken geben, viele von ihnen sind toll integriert, solidarisch und stehen zu unserem Land. Wenn wir das Thema Doppelpass angehen, dann muss das für alle Betroffenen gleich geregelt werden. Natürlich wird es immer Ausnahmen geben, die doppelte Staatsbürgerschaften möglich machen, aber das sollten dann Sonderfälle bleiben. Dass doppelte Staatsbürgerschaften über Generationen hinweg vererbt werden können, macht einfach überhaupt keinen Sinn, das war ein Fehler, und es ist nicht im Sinne einer dauerhaften Integration.

Zurück zum Verhältnis zur Türkei: 64 Prozent der Deutschen haben sich in einer Umfrage für ein Ende der EU-Beitrittsgespräche ausgesprochen. Wie stehen Sie dazu?

Wir haben seit Jahren versucht, der Türkei die Hand zu reichen und sie auf einen demokratischen Weg und in Richtung Europa zu bringen.

Die Europäische Union hat diesen Prozess mit viel Geld unterstützt, allein der deutsche Anteil war jährlich circa 500 Millionen Euro. Und was ist passiert: Die Türkei hat sich immer mehr von Europa entfremdet und sich jetzt im Referendum quasi für eine Alleinherrschaft entschieden. Darauf müssen wir reagieren, sonst werden Europa und die Bundesregierung unglaubwürdig, und wir stellen unsere eigenen Werte und Spielregeln infrage. Deshalb müssen wir der Türkei klar sagen, dass Beitrittsverhandlungen über eine EU-Mitgliedschaft derzeit keinen Sinn mehr machen. Wir sollten auch keine weiteren EU-Hilfen mehr zahlen, weil das das falsche Signal wäre.

Welche Möglichkeiten sehen Sie, die Menschen in der Türkei zu unterstützen, die nicht für Erdogan gestimmt haben?

Wir brauchen eine Partnerschaft mit der Türkei, die ist wichtig – nicht nur, weil die Türkei ein Nato-

Mitglied und somit unser Bündnispartner ist. Es gibt viele kulturelle, gesellschaftliche und wirtschaftliche Verbindungen, oft enge Freundschaften. In der Türkei gibt es viele Menschen, die europafreundlich sind und enge Beziehungen wünschen. Das müssen wir pflegen, gerade auch zwischen den Politikern. Deshalb dürfen wir den Gesprächsfaden nicht abreißen lassen. Das ist mir persönlich sehr wichtig. Aber wir müssen auch sagen, was nicht geht – beispielsweise eine Vollmitgliedschaft in der Europäischen Union. Diesen Spagat müssen wir schaffen.

Hat sich die Bundesregierung von der Türkei bereits zu viel gefallen lassen?

Ich hatte selbst schon die Gelegenheit, den türkischen Präsidenten Erdogan bei persönlichen Begegnungen kennenzulernen. Er ist ein Politiker, der nur diejenigen ernstnimmt, die selbst zu ihren Werten stehen und diese Werte in aller Deutlichkeit vertreten. Wir haben ihm immer wieder die Hand gereicht und vielleicht auch unsere Prinzipien teilweise aufgegeben. Es wäre nun an der Zeit, klar zu sagen, wo die roten Linien sind und es nicht mehr weitergeht. Sonst wird er auch uns nicht mehr ernst nehmen.

Inwiefern ist die deutsche Zurückhaltung im Flüchtlingspakt mit der Türkei begründet?

Der Flüchtlingspakt war wichtig, um den Schlepperbanden das Handwerk zu legen und Zeit zu haben, die EU-Außengrenzen zu stärken. Zugleich war er ein Signal an Flüchtlinge, dass Deutschland nur diejenigen aufnehmen wird, die tatsächlich Hilfe brauchen. Das Flüchtlingsabkommen kann aber kein Grund sein, sich in dauerhafte Abhängigkeit von der Türkei zu begeben. Das wollen wir nicht, das können wir nicht, und das ist auch nicht der Fall.

Und wie sehr belastet der Fall des verhafteten Journalisten Deniz Yücel das Verhältnis zur Türkei?

Das macht vieles sehr schwierig, aber nicht nur sein Fall. In der Türkei sitzen mehr als 180 andere Journalisten im Gefängnis, fast die Hälfte aller Generäle aus der Vorputschzeit ist in Haft. Es ist eine Misere, was da passiert. Das Land war auf einem guten Weg, auch wirtschaftlich gesehen ging es

Berlin Aktuell**Die Woche im Bundestag**

28.04.2017

vorwärts, und jetzt macht Erdogan alles kaputt, was er in der ersten Hälfte seiner Regierungszeit aufgebaut hat. Das ist ein Jammer. Im Grunde ist selbst die Diskussion um die Todesstrafe nur noch das i-Tüpfelchen auf allem, was er bereits ange richtet hat.

Termine (Auswahl)

Freitag, 28. April 2017
18.00 Uhr Vertreterversammlung der Volksbank Heuberg mit EU-Kommissar Günther H. Oettinger, Meßstetten
20.00 Uhr Mitgliederversammlung der CDU Schweningen, Schweningen

Samstag, 29. April 2017
09.00 Uhr Klausurtagung des CDU Kreisverband Sigmaringen mit Landrätin Stefanie Bürkle und Herrn Regionaldirektor Franke, Inzigkofen

Montag, 01. Mai 2017
11.00 Uhr Feier zum 95. Geburtstag von Dr. Hermann Schwörer

Dienstag, 02. Mai 2017
16.30 Uhr Gesprächsrunde Wirtschaft und Politik mit Prof. Leibinger bei der Firma Trumpf, Ditzingen
19.00 Uhr Veranstaltung der Europa-Union mit Ministerpräsident a.D. Prof. Dr. hc. Erwin Teufel, Geislingen

Mittwoch, 03. Mai 2017
11.00 Uhr Besuch bei der Stiftung Liebenau – Gespräch mit Berufsbildungswerk Adolf Aich Feuerwehr- und Rettungsstelle, Ravensburg

Donnerstag, 04. Mai 2017
16.00 Uhr Vortrag bei der Senioren-Union Kreisverband Esslingen, Wendlingen

Freitag, 05. Mai 2017
19.30 Uhr Rede und Diskussion bei der Hauptversammlung CDU Meßkirch, Meßkirch

06. Mai – 10 Mai 2017
Teilnahme an der Sicherheitskonferenz der Konrad-Adenauer Stiftung, Istanbul

Freitag, 12. Mai 2017
19.00 Uhr Wahlkreis Konferenz zur Bundestagswahl, Straßberg

Sonntag, 14. Mai 2017
14.00 Uhr Grußwort bei der Wanderkundgebung, Sigmaringendorf
16.00 Uhr Endspiel Yokohama-Cup, Ostrach

Newsletter abbestellen:

Sollten Sie sich nicht mehr für das „Berlin Aktuell“ von Thomas Bareiß MdB interessieren, können Sie dieses unter der E-Mail-Adresse thomas.bareiss.ma04@bundestag.de abbestellen. Da Thomas Bareiß ein ständiges Interesse daran hat, Ihre Meinung zu erfahren, würde er gerne wissen, warum Sie das „Berlin Aktuell“ nicht mehr bekommen möchten. Er würde sich sehr freuen, wenn Sie ihm Ihren Abmeldegrund sowie sonstige Kritik und Hinweise senden würden. Herzlichen Dank!